

Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren: Bestürzung bei alten Kameraden

Manfred Kadi

„Bestürzt“ zeigt sich der Präsident des Kameradschaftsbundes, **Otto Keimel** (71), über die Absicht des Parlaments, Wehrmachtsdeserteure nachträglich zu rehabilitieren. Im Gespräch mit dem KURIER kündigt der langjährige frühere Tiroler VP-Abgeordnete an, umgehend mit den Fraktionen – speziell mit seinem Landsmann VP-Klubchef **Andreas Kohl** – Kontakt aufzunehmen, um seine Bedenken zu deponieren.

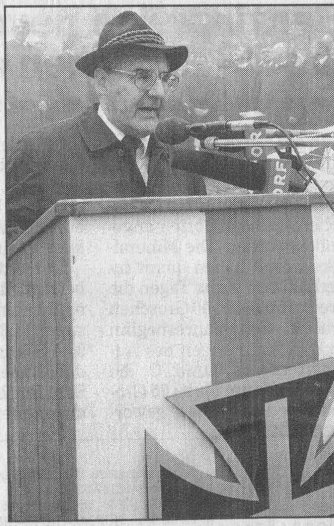
Wie berichtet, will der Nationalrat kommende Woche auf Initiative der Grünen verurteilten Deserteuren der deutschen Wehrmacht Gerechtigkeit widerfahren lassen. Eine Kom-

mission soll Fälle untersuchen, in denen Österreicher von der NS-Justiz verurteilt wurden, und die Richtersprüche aufheben.

Als Präsident des 250.000 Mitglieder starken Kameradschaftsbundes warnt Keimel vor einem Schnellschuß des Gesetzgebers: Dies müßte von Fall zu Fall geprüft werden, „weil eine Pauschal-Rehabilitierung zumindest rechtsstaatlich eigenartig wäre“. Schließlich würde damit jener Teil der Wehrmacht, der sich seiner Aufgabe nicht entzogen hat, diskriminiert, führt Keimel ins Treffen.

Der langjährige Bautensprecher der VP – er ist seit März 1996 Präsident des überparteilichen Kameradschaftsbundes – gibt zu be-

Kameradschaftsbund-Präsident und Ex-VP-Mandatar Otto Keimel, hier als Hauptredner beim „Ulrichsberg-treffen“, ist über die Generalamnestie für Wehrmachtsdeserteure „bestürzt“



denken, daß Soldaten auch in Demokratien ihrem Staat mittels Eides verpflichtet seien und warnt vor künftigen Mißverständnissen. „Dann könnte auch jeder Soldat in einer Demokratie desertieren und seine Kameraden in größte Gefahr bringen.“

★

Ähnlich argumentiert der politische Referent und Sprecher der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Oberst **Herbert Bauer**. „Eine Schuldfreisprechung ist nur möglich, wenn ich in jedem einzelnen Fall prüfe, warum der Wehrmachtssoldat das gemacht hat.“ Bauer ist überzeugt davon, daß die überwiegende Anzahl der Deserteure nicht aus politischem Protest ihre

Einheit verlassen hätte. „Das war entweder Flucht vor der Konsequenz eines selbstgesetzten Verbrechens oder – am häufigsten – der Wunsch, sich der Gefahr zu entziehen.“

Der Oberst warnt davor, daß eine pauschale Exkulpierung von Wehrmachtsdeserteuren zu einer Umkehr der Werte führen könnte. „Natürlich bedeutet das keinen Umsturz der momentanen Rechtsordnung. Es wird aber damit in Frage gestellt, wie sich der Soldat künftig verhält.“ Nur weil man jetzt zu Recht feststelle, daß das NS-Regime verbrecherisch war, könne man nicht das in früheren Normen gesetzte Verhalten von Deserteuren nachträglich legitimieren.

Bild: KURIER/ARCHIV